

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwalmstadt
am 31. Januar 2019
im Sitzungssaal des Rathauses im Stadtteil Ziegenhain

Beginn: 20:15 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Unterbrechungen: ---

gez. *Otto*

gez. *Horn*

.....
(Reinhard Otto)
Stadtverordnetenvorsteher

.....
(Björn Horn)
Schriftführer

Mitgliederzahl: 37

Anwesend:

a) stimmberechtigt:

1. StvV. Reinhard Otto
2. Stv. Timo Beckmann
3. Stv. Tobias Biskamp – bis einschl. TOP 3 –
4. Stv. Helmut Böhm
5. Stv. Wilhelm Briel
6. Stv. Christian Brück
7. Stv'e Ruth Engelbrecht
8. Stv. Engin Eroglu
9. Stv. Patrick Gebauer
10. Stv'e Christel Gerstmann
11. Stv. Andreas Göbel
12. Stv. Daniel Helwig
13. Stv. Horst Horn
14. Stv. Wolfgang Kirchhoff
15. Stv. Michael Knoche
16. Stv. Thomas Kölle
17. Stv. Tobias Kreuter
18. Stv. Martin Pflüger
19. Stv. Stefan Rehberg
20. Stv. Dr. Jochen Riege
21. Stv'e Inge Schmidt-Nolte
22. Stv. Dr. Constantin Schmitt
23. Stv. Michael Schneider
24. Stv'e Sabine Schneider-Wagner
25. Stv'e Brunhilde Sommer
26. Stv. Dirk Spengler

27. Stv. Friedrich Sperlich
28. Stv. Marcus Theis
29. Stv. Sebastian Vogt
30. Stv. Ralf Walck
31. Stv. Axel Wenzel
32. Stv'e Anne Willer

b) nicht stimmberechtigt:

1. Bgm. Stefan Pinhard
2. StR. Norbert Schidleja
3. StR'in Margot Schick
4. StR. Burkhard Walz
5. StR. Karl-Ernst Schenk
6. StR. Armin Happel
7. StR'in Christel Bald
8. StR. Frank Bruchholz
9. Ol Björn Horn (Schriftführer)
10. VfA Leonora Duraku

Es fehlten:

a) entschuldigt:

1. Stv. Helmut Balamagi
2. Stv. Frank Pfau
3. Stv'e Heidemarie Scheuch-Paschkewitz
4. Stv. Thorsten Wechsel
5. Stv. Christian Zeiß

b) nicht entschuldigt:

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren durch Einladung vom 22. Januar 2019 auf Donnerstag, den 31. Januar 2019 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Eine Hinweisbekanntmachung mit Bekanntgabe des Sitzungsdatums wurde unter der Rubrik „Amtliche Bekanntmachungen“ in der HNA am 26. Januar 2019 veröffentlicht. Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung konnten auf der Homepage der Stadt Schwalmstadt eingesehen und abgerufen werden.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

StvV. Otto regt an, die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 7. März 2019 auf den 14. März 2019 zu verlegen. Der ursprünglich anberaumte Termin fällt in die Karnevalswoche, in der viele andere terminliche Verpflichtungen bestehen. Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

StvV. Otto schlug vor Eintritt in die Tagesordnung vor, den TOP 5 – Grundstücksangelegenheiten – in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, hiergegen wurden keine Einwendungen erhoben.

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte beraten und beschlossen:

Punkt 287 (1) Mitteilungen, Fragen und Anregungen

**Aktenzeichen:
022.321:ABT. III**

- a) Bgm. Pinhard teilt zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Januar 2019 betr. Umsetzung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) - Barrierefreie Umgestaltung der ÖPNV-Haltestellen mit, dass er diese schriftlich beantworten werde.

**Aktenzeichen:
656.33**

- b) Stv. Theis regt an, eine gemeinsame Resolution auf interkommunaler Ebene im Schwalm-Eder-Kreis zur möglichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an das Land Hessen zu verfassen. In diesem Kontext empfehle er dem Bürgermeister, sich auch mit Bürgermeister Paule – Stadt Alsfeld – abzustimmen, der eine Lösung zur finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erhebung dieser Beiträge gefunden habe.

Bgm. Pinhard erläutert, er kenne die Resolution und sei der Ansicht, dass alle Kommunen des Schwalm-Eder-Kreises sich dieser anschließen sollten.

Unabhängig davon werde er mit Bürgermeister Paule Kontakt aufnehmen.

**Aktenzeichen:
042.01**

- c) Stv. Kölle fordert den Magistrat auf, alle Beschlüsse und Aufträge zur Organisationsuntersuchung, die mit der Beauftragung der ekom21 im Zusammenhang stehen, zusammenzustellen. Er beabsichtige, diese den Aufsichtsbehörden des Landkreises zur Prüfung zu übersenden.

**Aktenzeichen:
048.60:Organisation/
Digitalisierung**

- d) Stv. Kölle fragt an, wann mit der Einführung des digitalen Sitzungsdienstes gerechnet werden könne.

Bgm. Pinhard berichtet dazu, dass im Rahmen der Konzeption noch geklärt werden müsse, ob ein Betrag zur Anschaffung eines eigenen Tablets zur Verfügung gestellt

werde oder ob der Magistrat eine entsprechende Anzahl von Tablets anschaffe, die von den Stadtverordneten genutzt werden könnten.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. V

- e) Stv. Kölle fragt im Hinblick auf das im Erschließungsvertrag zum Endausbau der Ernst-Hohmeyer-Straße genannte Fertigstellungsdatum – Ende 2015 – an, wer die Einhaltung dieser Verträge überwache.

Bgm. Pinhard erklärt, diese Angelegenheit schnellstmöglich prüfen zu wollen.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. I

- f) Stv. Gebauer weist auf die fehlende Anlage – Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion vom 7. November 2018 „Runder Tisch – Jugendarbeit und Prävention“ – zum Tagesordnungspunkt 259 (1) Mitteilungen, Fragen und Anregungen in der Niederschrift zur Stadtverordnetensitzung vom 15. November 2018 hin und bittet dies zu korrigieren.

StvV. Otto bittet darum, künftig zunächst ihn darüber zu informieren.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. I

- g) Stv. Gebauer fragt an, ob inzwischen eine Antwort des Hessischen Innenministeriums zu der am 13. Dezember 2018 einstimmig beschlossenen Resolution betreffend der „Forderung nach einer personellen Aufstockung der Polizeistation Schwalmstadt“ vorliege.

Bgm. Pinhard informiert, dass zurzeit noch keine Antwort auf die Resolution vorliege.

Aktenzeichen:
453.5

- h) Stv. Gebauer fragt zum Aktionsplan Jugendarbeit an, welche konkreten Schritte bislang eingeleitet wurden und welche Ergebnisse dabei erzielt worden sind.

Bgm. Pinhard erklärt dazu, dass die Fachrunde Soziale Arbeit die Verwaltung gebeten habe, im Haushaltsplan 2019 Mittel für zwei Vollzeitstellen für aufsuchende Jugendarbeit – primär für die Stadtteile Treysa und Ziegenhain – und zur Unterstützung der Jugendarbeit in Schwalmstadt einzurichten. Parallel dazu sollen weitere Fördermöglichkeiten geprüft werden.

Des Weiteren solle für die aufsuchende Jugendarbeit im Haushaltsplan 2019 eine Summe für die Anmietung von Räumlichkeiten zur Nutzung durch den Streetworker bzw. durch die Jugendlichen selbst bereitgestellt werden. Die Personalkosten werden ca. 60.000 € betragen. Die lfd. Kosten belaufen sich auf ca. 15.000 €.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. II

- i) Stv. Gebauer fragt an, wann das Modell „Taxigutscheine für Senioren“ und die Konzeption zum neu angeschafften Seniorenbus im Ausschuss vorgestellt würden.

Bgm. Pinhard erklärt, er werde in der nächsten Sitzung zu beiden Themen informieren.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. I

- j) Stv. Gebauer fragt an, wann die zu bearbeitende Konzeption zum Thema „Jugendparlament“ wieder im Ausschuss für Soziales, Jugend und Sport behandelt werden könne.

Bgm. Pinhard sagt eine kurzfristige Bearbeitung des vg. Themas zu.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. V

- k) Stv'e Gerstmann regt erneut an, die Stümpfe der gefälltten Bäume im Steinweg zu entfernen und Neuanpflanzungen vorzunehmen.

Bgm. Pinhard erklärt, die Maßnahme umsetzen zu wollen.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. V

- l) Stv'e Gerstmann weist erneut darauf hin, dass die vorhandenen Baumscheiben in der Thüringer Straße keine Bäume enthalten. Sie rege außerdem dringend an, die dortigen Baumscheiben so wiederherzustellen, dass keine Gefahr von den darauf verbliebenen, mittlerweile zugewachsenen Basaltsteinen ausgehe.

Bgm. Pinhard signalisiert, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Aktenzeichen:
048.60:Organisation/
Digitalisierung

- m) Stv. Theis erklärt, es sei zugesagt worden, den digitalen Sitzungsdienst bis zur Sitzung im März umzusetzen. Allerdings sei noch eine Einverständniserklärung zum Versand elektronischer Einladung zu Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung von jedem Mandatsträger erforderlich. Hinzu käme die offene Frage der Finanzierung der Tablets. Er bitte daher den Bürgermeister Stellung zu nehmen, wann der digitale Sitzungsdienst in der Stadtverordnetenversammlung realisiert werde.

Bgm. Pinhard erklärt, er gehe davon aus, dass sich die Einführung des digitalen Sitzungsdienstes aufgrund der noch zu klärenden Fragen bis zur Sitzung im April verschieben werde.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. I

- n) Stv'e Schmidt-Nolte fragt an, welche Aufgaben für die künftigen Stelleninhaber der beiden neu zu schaffenden Vollzeitstellen im Bereich der Jugendarbeit vorgesehen seien. Die Aufgaben seien inhaltlich nicht fixiert. Sie erwarte zeitnah eine Konzeption.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. V

- o) In Ergänzung der Anfrage von Frau Gerstmann zur Neuanpflanzung von Bäumen weist Stv. Biskamp darauf hin, dass gleiches auch für die Pestalozzistraße in Treysa gelte.

Aktenzeichen:
621.4145

- p) Stv. Kreuter bittet um Darlegung des aktuellen Sachstandes zum Thema „Schmelzaue“.

Bgm. Pinhard berichtet, dass sich das Regierungspräsidium zwischenzeitlich mit den Gutachten befasst und erklärt habe, die Stadt müsse zuständigkeithalber eine Entscheidung in der Angelegenheit herbeiführen.

Aktenzeichen:
574.12:Schwimmbecken/
Kinderbecken

- q) Stv. Böhm bittet um Darlegung des Sachstandes zur Ausschreibung bzw. Auftragsvergabe des Planschbeckens im Rahmen der Sanierung des Freibades Ziegenhain und fragt an, ob das vg. Becken im Mai dieses Jahres zur Verfügung stünde.

Bgm. Pinhard erklärt, dass nach seinem jetzigen Kenntnisstand das Planschbecken zu Beginn der Freibadsaison von den Kindern genutzt werden könne.

Aktenzeichen:
022.321:ABT. FINANZEN

- r) Stv. Eroglu bittet um eine Evaluation zu den eingeführten Ortsbeiratsbudgets und eine Vorlage der Ergebnisse bis zu den anstehenden Haushaltsberatungen.

Punkt 288 (2)

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FWG, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Januar 2019 betr. Erstellung einer Wahlwerbesatzung

Aktenzeichen:
022.321:ABT. III

Dr. Riege begründet namens der o. a. Fraktionen den Antrag betr. Erstellung einer Wahlwerbesatzung.

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Schwalmstadt fordert den Magistrat auf, bis zur Sitzung am 16. Mai 2019 einen ersten Entwurf für eine Wahlwerbesatzung vorzulegen. Eine Beschlussvorlage ist spätestens in der letzten Sitzung im Sitzungsjahr 2019 vorzulegen.

Einhelliger Wunsch der Fraktionen ist es, dass Wahlwerbung in Schwalmstadt nur noch auf Plakatwänden und als Großflächenplakate angebracht werden darf.

Dafür: 21

Dagegen: -

Enthaltungen: 11

Punkt 289 (3)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Januar 2019 betr. Grundsätze zur Förderung nachhaltigen Bauens

Aktenzeichen:
022.321:ABT. V

Stv. Dr. Schmitt nimmt Stellung zum o. a. Antrag.

Im Anschluss daran ruft StvV. Otto den Antrag mit dem Wortlaut der Beschlussfassung aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr sowie dem Haupt- und Finanzausschuss ergänzt um einen Abgabetermin für die entsprechenden Fragestellungen auf:

Die Abstimmung führt zu folgendem Ergebnis:

Dafür: 29 Dagegen: - Enthaltungen: 3

Damit hat die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss gefasst:

1. Zur weiteren Behandlung des o. a. Antrags sollen zunächst Fragen der Ausschussmitglieder gesammelt werden. Die Fragen sind dem Stv. Sperlich bis zum 15. Februar 2019 zuzuleiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Kommunalberater auszuwählen und im Anschluss daran einen Beratungstermin zu organisieren, in dem die Fragestellungen der Ausschussmitglieder unter Berücksichtigung planerischer und juristischer Aspekte beantwortet werden können.

Dafür: 29 Dagegen: - Enthaltungen: 3

Punkt 290 (4)

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FDP, FWG, CDU, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Januar 2019 betr. Austausch mit betroffenen Anwohnern in Treysa zu polizeibekanntem Ereignissen

Aktenzeichen:
022.321:ABT. I; III

Stv. Göbel begründet namens der antragstellenden Fraktionen den o. a. Antrag.

Danach nehmen Bgm. Pinhard und die Stv'e Engelbrecht Stellung zu dem gemeinsamen Antrag.

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, schnellstmöglich, noch vor der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, um mit den durch

die polizeibekanntes Ereignisse betroffenen Anwohnern in Treysa in einen gemeinsamen, problemorientierten Austausch zu treten und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Dafür: 31

Dagegen: -

Enthaltungen: -

Ende öffentlicher Teil der Sitzung!

Punkt 291 (5) Grundstücksangelegenheit

Wurde behandelt.